

Digital*Salon#6: »Digitaler (Anti-)Faschismus«

Protokoll einer nichtöffentlichen Videokonferenz am 26. Februar 2021 11.00 bis 15.00 Uhr

Referent:innen

Holger Marcks

Sozialwissenschaftler und Autor des Buchs „Digitaler Faschismus“
(in Zusammenarbeit mit Maik Fielitz)

Sebastian

Antifa-AG der Interventionistischen Linken Darmstadt

Ravena Hengst

Kommunikationsdesignerin und Initiatorin des Projekts „Design Democracy“

Susanne Kolb und Gunther Fuchs

Regionalstelle Süd im hessischen Beratungsnetzwerk
„Gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“

Johannes

Bündnis gegen Rechts Darmstadt

Gesprächsteilnehmer

Lukas Einsele

Vorstandsmitglied im Verein „Kultur einer Digitalstadt“ (KeD)

Markus

Bündnis gegen Rechts Darmstadt

Konzeption und Moderation

David Promies

Dokumentation

Friederike Bülig (KeD)

Verena Schneider (KeD)

Bei der Referent:innenrecherche haben Friederike Bülig und Verena Schneider mitgewirkt.
Die Veranstaltungsorganisation lag in den Händen von Friederike Bülig.

Über dieses Dokument

Der nachfolgende Text basiert auf dem Video- und Audiomitschnitt der Veranstaltung sowie der während der Veranstaltung durchgeführten Protokollierung. Er bietet eine zusammenfassende Nachzeichnung der in den Vorträgen und Fragerunden geäußerten Gedanken und Argumentationen. Die einzelnen Vorträge sind redaktionell mit Überschriften in Form von prägnanten Zitaten der Referent:innen versehen worden.

Erstellt wurde der Text von Noreia Becker und David Promies. Die hier publizierte Fassung ist mit allen Referent:innen und Gesprächsteilnehmern abgestimmt worden.

Als Ergänzung zu diesem Dokument lohnt es sich, die von Verena Schneider vor und während der Veranstaltung erstellten Mindmaps anzusehen; sie sind auf der Website des Vereins unter folgender Adresse abrufbar:

[Digital*Salon #6 – Analyse und Bewertung](#)

[Digital*Salon #6 – Gegenmaßnahmen](#)

Außerdem haben wir eine Toolbox zusammengestellt, die Literaturtipps und Links zu den Themen der Veranstaltung enthält:

[Digital*Salon #6 – Toolbox](#)

Die Projektseite zur Veranstaltung ist unter der folgenden Adresse im Web zu finden:

[Digital*Salon #6 – Projektseite](#)

*Die vorliegende Text ist urheberrechtsgeschützt
unter der Creative Commons Lizenz CC BY-ND 4.0
Die Rechte liegen bei Kultur einer Digitalstadt e.V.*



Einführung

Zu Beginn der Veranstaltung stellt Lukas Einsele die Arbeit des Vereins „Kultur einer Digitalstadt“ kurz vor. Dieser hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Auswirkungen der Digitalisierung auf Gesellschaft und Kultur zu untersuchen. Die Diskussion über das brisante Phänomen des digitalen Faschismus ist ihm deshalb ein besonderes Anliegen. Es ist wichtig, so Einsele, die spezifischen Bedingungen zu beleuchten, unter denen Faschismus und Rassismus in einer Kommune möglich sind und nach Wegen zu suchen, dies einzuschränken bzw. zu verhindern. Was könnte hier der Beitrag einer Initiative sein, die sich als eine Plattform für den Diskurs zu kulturellen Themen, Fragen und Problemen versteht? In seiner anschließenden Einführung berichtet David Promies, dass die Idee zu der Veranstaltung auf einen Zeitungsartikel zurückgeht, der im Jahr 2019 in der Printausgabe der Süddeutschen erschienen ist. Dort wurde unter dem Titel „Digitale Faschos“ die Forschungsarbeit von Holger Marcks und Maik Fielitz zum rechtsextremen Online-Aktivismus vorgestellt. Besonders eindrucksvoll war für Promies, dass hier ganz bewusst mit dem Begriff „Faschismus“ gearbeitet wurde – im Gegensatz zu vielen anderen Publikationen, die mit eher diffusen Begriffen wie Populismus, Rechtspopulismus oder neoliberalen Autoritarismus hantieren. Eine spannende Frage für die heutige Veranstaltung wird daher sein, inwieweit dieser Begriff hilfreich oder auch notwendig sein kann, um die rechten Aktivitäten im Netz zu analysieren.

Nach dieser Einleitung beginnt Holger Marcks mit seinem Vortrag. Dieser ist auf Wunsch der Veranstalter in zwei Teile unterteilt; der erste Teil bietet eine Bestandsaufnahme, der zweite Teil beleuchtet mögliche Gegenmaßnahmen zum digitalen Faschismus.

Holger Marcks:
„Die Sozialen Medien bieten ein perfektes Einfallstor für rechte Bedrohungserzählungen“

(Teil 1 des Vortrags)

In der Wissenschaft kursieren verschiedene Definitionen des Begriffs „Faschismus“. In ihrer Arbeit stützen sich Holger Marcks und Maik Fielitz auf die Definition von Roger Griffin, der den Wesenskern faschistischer Bewegungen in einem „palingenetischen Ultrationalismus“ sieht. Damit ist die Leitvorstellung von einer sich im Untergang befindlichen Nation gemeint, die durch illiberale und gewalttätige Aktionen wiedererweckt werden müsse. Dieser Opfermythos von der bedrohten Nation wird nicht nur in der historischen Rückschau faschistischer Ideologien sichtbar, sondern auch in den entsprechenden Bedrohungserzählungen, die von heutigen rechtsextremen Parteien und Terroristen im Netz verbreitet und mit Schlüsselbegriffen wie „Bevölkerungsaustausch“ oder „Umvolkung“ angereichert werden.

Wenn wir vom digitalen Faschismus sprechen, so Marcks, dann geht es uns vor allem darum, wie diese Bedrohungserzählungen im digitalen Kontext, insbesondere in den Sozialen Medien, Verbreitung finden. Besonderes Augenmerk legt Marcks dabei auf den Begriff der „Gefährlichen Rede“ von Susan Benesch, der bei der Analyse anstelle des landläufigen Begriffs des Hassrede verwendet werden sollte. Dieser Begriff greift zu kurz, weil viele der faschistischen Bedrohungserzählungen ohne direkte Gewaltaufrufe auskommen. Stattdessen suggerieren diese bei den Leser:innen eine Notwehrsituation, in der Gewalt als eine angemessene Reaktion erscheint.

Im Hinblick auf die Rolle der Sozialen Medien stellt Marcks fest, dass sich der Diskurs darüber in den letzten Jahren verändert hat. Heute stehen das dystopische Potential, das Polarisierungs- und Gefährdungspotential der Sozialen Medien im Vordergrund. Marcks zitiert in diesem Zusammenhang Sascha Baron Cohen, der die Sozialen Medien als größte Propagandamaschine der Geschichte bezeichnet hat. Tatsächlich stellen diese Netzwerke eine öffentliche Kommunikationsplattform ohne korrektive Instanzen und Zugangsschranken bereit, und diese Möglichkeiten hat die extreme Rechte erkannt und für sich erfolgreich genutzt.

Wenn man der Frage nachgeht, welche Mechanismen für die extreme Rechte im Netz besonders förderlich waren, sind drei Manipulationstechniken festzustellen: Das Mittel der „dramatischen Erzählungen“, das sogenannte Gaslighting und die metrische Manipulation. All diese Techniken werden von speziellen Eigenheiten und Funktionsweisen der Sozialen Medien unterstützt.

Das Mittel der „dramatischen Erzählungen“ bezieht sich auf die Verbreitung des faschistischen Narrativs von der existenziellen Bedrohung durch einen „Bevölkerungsaustausch“. Es eignet sich sehr gut für die Angst verstärkenden Mechanismen der Sozialen Medien. Besonders nützlich ist für die Rechten, dass lokale Ereignisse wie z.B. Berichte über Straftaten durch das Netz viel einfacher zugänglich sind und dann auf nationaler Ebene ausgeschlachtet bzw. dramatisiert werden können. Eine neue Collage der Realität wird so erstellt. Die dramatischen Inhalte sorgen bei den Nutzer:innen für eine höhere Aufmerksamkeit und sind dadurch auch für die Plattformbetreiber interessant, weil sie mehr Klicks generieren. Als Effekt ist eine Radikalisierung zu beobachten, die bei der Nutzer:innengruppe der 45-65-Jährigen besonders stark ausgeprägt ist. Sie sind ohne digitale Technologien aufgewachsen und werden im Netz nun mit einer ganz anderen Form der Realität konfrontiert. Dies führt bei ihnen zu starken Zweifeln an den herkömmlichen Medien.

Gaslighting ist ursprünglich ein Begriff aus der Psychologie; er bezeichnet den Versuch, Menschen in ihrer Wahrnehmung zu desorientieren. Dieses Vorgehen ist essenziell für das Propagieren von Opfermythen und das Schaffen von Feindbildern. Dafür bieten die Sozialen Medien gute Voraussetzungen: Aufgrund ihres postredaktionellen Prinzips (Publikation ohne redaktionelle Kontrolle) dienen sie als Einfallstor für postfaktische Inhalte. Obwohl die Netzwerke quasi als Verleger fungieren und Öffentlichkeit herstellen, werden die publizierten Inhalte nicht von ihnen geprüft – die Lüge steht gleichberechtigt neben der Wahrheit. Dieser Umstand wird von den rechtsextremen Akteuren gezielt genutzt, um die Glaubwürdigkeit des Systems zu unterminieren. Faktenchecks helfen hier nicht mehr, da das „Fake News“-Label in der rechten Szene zu einem Qualitätssiegel geworden ist. Marcks sieht darin ein großes Problem für den digitalen Antifaschismus: In einer Situation, in der die Lüge für viele ein „Identitätsmarker“ ist, hat eine faktenbasierte Gegenrede nur noch wenig Überzeugungskraft. Hinzu kommt insbesondere bei den Rechten eine Tendenz zur „negativen Parteilichkeit“, die die Aussagen des politischen Gegners generell als unrichtig erachtet. Ein weiteres Problem ist, dass der Widerspruch und die Konfrontation letztlich dazu führen, dass die rechtsextremen Inhalte durch die darauf ansprechenden Algorithmen der Netzwerke noch sichtbarer gemacht werden.

Der Mechanismus der metrischen Manipulation setzt darauf, mit Fake-Profilen und exzessivem Online-Aktivismus Diskurse im Netz zu beeinflussen. Anhand einer Datenanalyse zeigt Marcks, dass dieses Mittel z.B. von der AfD Darmstadt intensiv zur wiederholten Reproduzierung bestimmter Inhalte genutzt wird. Marcks zeichnet das Bild eines digitalen Zettelkastens mit verschiedenen Fake-Profilen, aus dem sich die rechtsextremen Online-Aktivist:innen für ihre Posts bedienen. Die dadurch simulierte Vielzahl von Beiträgen wird von den Algorithmen der Netzwerke als relevant erachtet und in den Vordergrund gerückt; dies umso mehr, wenn es sich um dramatische Inhalte handelt, die viele Likes und Klicks versprechen. Diese falsche „Logik der Zahlen“ erzeugt letztlich eine echte Vielzahl an Rezipient:innen.

Eine große Masse an rechten Gesinnungsgenoss:innen ist, so Marcks, allerdings nur im Netz zu finden, nicht jedoch auf der Straße und an den Wahlurnen: Die Rechtsextremen sind von einer Mehrheit weit entfernt. Obwohl bestimmte rechte Kernthemen bis in den gesellschaftlichen Mainstream hineinreichen, trifft die rechtsextreme Kernagenda in Deutschland auf recht starken Widerspruch. Nichtsdestotrotz ist ihr Gefahrenpotential hoch, denn es gibt rechtsextreme Online-User:innen, die zur Tat schreiten wollen.

Fragerunde:

David Promies fragt nach der konkreten Rollenverteilung bei der beschriebenen Dynamik des digitalen Faschismus: Im Netz gibt es die Massen, die Inhalte aus eigenem Antrieb teilen, es gibt die Netzwerke mit ihren Propagandamechanismen, es gibt rechte Aktivist:innen mit Fake-Profilen und darüber hinaus ganze digitale Schattenarmeen, die gezielt falsche Informationen verbreiten. Was ist die treibende Kraft in diesem System – die Eigendynamik der Technologie oder eine klar zu erfassende Gruppe von rechten Aktivist:innen?

Marcks erwidert, dass es sich um ein diverses Spektrum handelt, das zu dieser Dynamik beiträgt. Tatsächlich lässt sich mit Antoine Acker feststellen, dass sich die Massen in den sozialen Medien selbst manipulieren. Als steuerndes Moment kommt der Versuch der rechtsextremen Akteure hinzu, die richtigen emotionalen Knöpfe zu drücken, so Marcks. Allerdings gibt es in den Social Media keine zentralistische faschistische Propaganda. Auch sind die rechten Aktivist:innen im Netz sehr unterschiedlich aufgestellt. Neben der AfD, die ihre Netzaktivitäten mit einem großen Finanzvolumen stark professionalisiert hat, stehen militante Rechtsextreme, die sich auf unbekannteren Netzwerken organisieren und ihre Narrative dann auf den bekannten Plattformen breit streuen. Digitale rechte Aktionsbündnisse wie Reconquista Germanica haben sogar stark in Wahlen eingegriffen, weshalb zahlreiche NGOs mittlerweile versuchen, diesem Phänomen mit Online-Aktivismus entgegenzuwirken. Im Grunde handelt es sich dabei um eine Dynamik, wie Marcks darstellt, die die Rechten selbst nicht unter Kontrolle haben. Als Beispiel hierfür lässt sich die AfD nennen, deren Kurs zur Corona-Pandemie sich änderte, als die breite Basis der Partei dazu überging, Verschwörungstheorien zu verbreiten.

An die Ausführungen von Marcks schließt eine weitere Frage an. Ravena Hengst interessiert dabei, inwiefern die Recherche für das Buch von außen auf das Phänomen blickt oder ob durch den Gang in geschlossene Netzwerke auch von innen recherchiert wurde. Marcks erklärt, dass die Erkenntnisse des Buches empirisch sind. Demnach wurden u. a. spezielle Kanäle, Chats und Gruppen betrachtet. Um den Gruppen keine besondere Aufmerksamkeit zu widmen, werden diese im Buch nicht besonders hervorgehoben. Wichtig für das Buch war nicht nur die Frage danach, wie die Rechten auf Social Media vorgehen, sondern auch die Frage danach, warum das so gut funktioniert.

Sebastian führt sein Statement mit der Ausführung ein, dass klassische redaktionelle Formate der Wissensvermittlung und Wissensauswahl wie z.B. Zeitungen in den Netzwerken durch Algorithmen abgelöst werden, die vor allem ökonomische Interessen verfolgen. Angesichts dieser in den Sozialen Medien vorherrschenden marktconformen Logik sieht Sebastian keine Möglichkeit für eine demokratische oder antifaschistische Kontrolle der Inhalte.

Marcks stimmt dieser Ansicht zu; es gibt wenig Hoffnung auf eine technische Kuration durch die Tech-Unternehmen. Das Problem betrifft jedoch nicht nur Social Media. Auch die herkömmlichen Medien sind an Krawall-Inhalten interessiert, die sich gut verkaufen lassen. Große Player wie Fox News oder die BILD-Zeitung haben sich daher längst von bestimmten journalistischen Standards verabschiedet. Als positives Gegenbeispiel kann der öffentlich-rechtliche Rundfunk gesehen werden; er wird nicht von einer Absatzorientierung getrieben. Die Tech-Unternehmen selbst haben kein Interesse daran, Algorithmen zu verwenden, die auf pädagogisch wertvolle Inhalte abzielen. Ihr Geschäftsmodell basiert darauf, mit dramatischen Inhalten möglichst viele Klicks zu generieren. Ein weiteres Problem jenseits der Algorithmen ist, dass sich die Entscheidungsgewalt über die Informationen sehr stark zu den Nutzer:innen verschoben hat, die die Kuration übernehmen. Für diese redaktionelle Tätigkeit fehlen den User:innen allerdings zumeist die politische Bildung und das Einordnungsvermögen. Der professionelle Journalismus wird dadurch ausgehebelt, was in den nächsten Jahren ein zentraler Punkt in der Debatte über den demokratischen Diskurs sein wird, wie Marcks ausführt.

Markus interessiert darüber hinaus, warum die Radikalisierung speziell in der Altersgruppe der 45- bis 65-Jährigen so stark zugenommen hat – gibt es empirische Forschung dazu? Woraufhin Marcks ausführt, dass dieses Phänomen empirisch nachweisbar ist. In der theoretischen Ableitung zeigt sich ein Bruch in der Wahrnehmungsorganisation. Dieser Begriff geht auf Walter Benjamin zurück, der in seinem Werk aufgezeigt hat, dass Medien die Wahrnehmung der Welt verändern und immer wieder neu organisieren. Mit den Sozialen Medien vollzieht sich ein radikaler Bruch.

Ein wichtiger Aspekt ist hierbei das durch Social Media veränderte persönliche Sicherheitsempfinden. In den letzten Jahrzehnten, so Marcks, ist unsere Gesellschaft sehr viel sicherer geworden, was jedoch zu einem Sicherheitsparadox führt: Je sicherer wir uns fühlen, umso stärker fallen uns Erschütterungen auf. Bei den eher politikfernen Menschen aus der Generation der über 45-Jährigen ist zu beobachten, dass sie über die Sozialen Medien in politische Diskurse hineingezogen werden, die eine ganz andere Informationslage bereithalten als die herkömmlichen Medien. Dadurch treffen sie auf dramatisierte Nachrichten, die sie gar nicht einordnen können und die bei ihnen den Eindruck erwecken, dass die Welt aus den Fugen geraten sei.

David Promies schließt eine weitere Frage an und stellt zunächst fest, dass in der hier betrachteten Szene nicht nur ein hoher Grad an Online-Vernetzung vorhanden ist, sondern auch ein Drang, sich mit Gleichgesinnten auf Demonstrationen zu treffen und den Aktivismus in die reale Welt hineinzutragen. Von Marcks möchte Promies dabei wissen, was der Antrieb dafür ist.

Marcks erwidert, dass die rechten Aktivist:innen Politik machen und die Leute auf die Straße bringen wollen. Die Welt in offline und online zu trennen ist jedoch nicht mehr zeitgemäß, da die digitalen Technologien mittlerweile zu sehr in den Alltag verwoben sind. Er schlägt vor, hier eher auf den Begriff der Postdigitalen Realität zurückzugreifen. Durch die digitale Revolution verändern sich auch die Organisationsformen und der Charakter von Bewegungen. Der breiten Masse schreibt Marcks in diesem Zusammenhang einen horizontalen Charakter zu, der von einer großen Unberechenbarkeit geprägt ist. Dabei handelt es sich um Schwarmdynamiken, die sich vermehrt auch in der Realität entladen. Dementsprechend kommen immer wieder neuartige Bewegungen auf, die zwar kurzlebig sein können, für diese kurze Zeitspanne allerdings eine starke Mobilisierung erreichen können. Der Umgang damit ist für uns alle, so Marcks, immer noch ein Stück weit Neuland. Es handelt sich um eine ziemlich radikale Zäsur, deren Konsequenzen wir noch nicht richtig überblicken.

Holger Marcks:
„Die Kontrolle der Sozialen Medien gehört in die öffentliche Hand“

(Teil 2 des Vortrags)

Marcks sieht drei mögliche Handlungsebenen gegen den digitalen Faschismus: die strategische Interaktion, die technische Kuration und die politische Regulation.

Die strategische Interaktion umfasst die Dinge, die die demokratischen Akteur:innen selbst innerhalb der Sozialen Medien tun können. Dazu gehören die organisierte Gegenrede, organisierte Gegenerzählungen und z.B. auch ein antifaschistischer Online-Aktivismus. Dabei stehen die Aktivist:innen allerdings vor der Frage, ob sie dieselben fragwürdigen Methoden anwenden wollen wie die extreme Rechte. Und letztlich, so Marcks, müssen wir uns fragen, ob wir es wollen, dass sich der politische Wettbewerb noch stärker in die Sozialen Medien verlagert und dort ein politisches Wettrüsten stattfindet.

Im Hinblick auf eine veränderte technische Kuration hegt Marcks wenig Hoffnung. Die großen Tech-Konzerne sind als Plattformbetreiber zwar in letzter Zeit durch neue Gesetzesinitiativen zu mehr inhaltlicher Selbstregulierung gebracht worden. Doch zum einen ist die schiere Masse an Hassrede-Botschaften nicht in den Griff zu bekommen, und zum anderen werden Inhalte mit gefährlicher Rede oft nicht als strafrechtlich relevant erachtet. Das Mittel des Deplatformings von Trump & Co. zeigt die Macht der Konzerne, offen bleibt aber die Frage, was mit den Akteuren passiert, die ihre Plattform verloren haben. Es besteht die Gefahr, dass finanzstarke Akteure eine alternative Plattform bereitstellen, sozusagen ein Fox News der Sozialen Medien, das dann keinerlei Selbstregulierung mehr vornehmen wird.

Vor diesem Hintergrund ist eine politische Regulation erforderlich, die allgemeingültige Regeln für die Social Media festlegt. Es gibt hierzu eine neue Digitalgesetzgebung der EU. Allerdings wird sie nichts am postredaktionellen Prinzip der Netzwerke ändern, weil die Politik das Primat der Meinungsfreiheit nicht anzutasten wagt. Marcks fragt sich auch, wie eine Veränderung dieses Prinzips technisch umgesetzt werden könnte. Machbar wäre aus seiner Sicht, dass die Netzwerke zwischen eher privaten Freundeskreisen und massenwirksamen Nutzer:innen mit einer großen Leserschaft unterscheiden müssen. Für letztere sollten ähnliche presserechtlichen Regeln gelten wie für die herkömmlichen Medien.

Fragerunde:

David Promies hat dem Buch „Digitaler Faschismus“ eine weitere Handlungsmöglichkeit entnommen: den Vorschlag eines digitalen Gesellschaftsvertrags, durch den die Netzwerke in die öffentliche Hand überführt werden könnten. Kann dieser Vorschlag näher erläutert werden? Marcks konstatiert, dass es eine noch nicht breit geführte Debatte darüber gibt, ob man die Sozialen Medien wie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk organisieren kann. Darüber hinaus gibt es einen politischen Wunsch nach digitaler Souveränität, der eigentlich zu einer Zerschlagung der Tech-Konzerne führen müsste. In der Diskussion ist zur Zeit zumindest ein Modell, in dem die Löschpraktiken in den Netzwerken von unabhängigen Gremien organisiert werden. Nach Marcks' Ansicht wäre es jedoch eigentlich die Aufgabe der Öffentlichkeit, die Sozialen Medien in Gemeineigentum zu überführen oder selbst eine Alternative zu organisieren. Dann wäre eine andere algorithmische Kuratierung ohne Profitdruck möglich. Marcks zweifelt aber daran, dass dies angesichts der vorherrschenden Marktlogik in absehbarer Zeit realisiert werden kann.

Markus sieht die Notwendigkeit einer globalen Regulierung und interessiert sich dafür, ob es auf UN-Ebene entsprechende Initiativen gibt. Außerdem findet er es bedenklich, dass mittlerweile auch demokratische Parteien ihre politischen Diskussionen ins Netz verlagern. Marcks erwidert, dass die nationalen Gesetze von den transnationalen Konzernen unterminiert werden. Juristische Alleingänge mit drastischeren Maßnahmen werden von den User:innen kritisch gesehen. Eine durchgreifende politische Regulierung erscheint fast schon utopisch.

Die Social-Media-Nutzung durch die Politik sieht Marcks ebenfalls kritisch. Der aufklärerische Diskurs leidet generell an dem Fehlen einer vermittelnden redaktionellen Instanz; dies kann auch durch mehr Medienkompetenz bei den Usern nicht aufgefangen werden. Marcks bekennt, dass er kein großes Zutrauen in die Manipulationsresistenz der Masse hat.

Susanne Kolb fragt sich, ob die von Marcks beschriebene Entwicklung in den Sozialen Medien möglicherweise nur ein kleiner Ausschnitt eines größeren digitalen Umbaus der Gesellschaft mit gravierenden Folgen für die Demokratie ist. Marcks entgegnet, dass es angebracht ist, das eigene Verhältnis zur Digitalität kritisch zu überdenken. Von ihm aus könnte man die Digitalisierung zurückdrehen. Ein solches „modernes Amishtum“ ist aber keine realistische Verhaltensoption. Generell hat die Politik keine Vision,

wie die digitalen Technologien für den demokratischen Diskurs nutzbar gemacht werden können. Sehr problematisch findet Marcks die Entwicklung in der Wissenschaftskommunikation. Inhalte aus der Forschung werden ohne Review-Verfahren auf Online-Portalen für eine große Öffentlichkeit publiziert.

Ravena Hengst greift die Idee der öffentlich regulierten Netzwerke auf und sieht hierbei die Gefahr, dass sie mit dem negativen Stempel des „Staatsfunks“ versehen werden könnten. Als Konsequenz droht die Abwanderung von Nutzern in andere, radikalere Netzwerke. Führt eine stärkere Regulierung zu einer stärkeren Polarisierung? Marcks weist darauf hin, dass jede Regulierungsmaßnahme sowohl positive als auch negative Effekte hat und gut durchdacht sein muss. Kurzfristig werden viele Menschen die Meinungsfreiheit bedroht sehen. Ein Vorschlag wie zum Beispiel die Klarnamenpflicht schreckt die Datenschützer:innen auf und auch die Antifa-Aktivist:innen, die auf Anonymität angewiesen sind. Andererseits würde eine Klarnamenpflicht in Verbindung mit einer zentralen Nutzerregistrierung nachhaltig gegen Fake-Profile und Bots wirken. Es wäre eine effektive Waffe gegen die beschriebene metrische Manipulation.

**Sebastian, Interventionistische Linke:
„Antifa ist keine Gang, sondern eine Haltung“**

Die Interventionistische Linke (IL) ist seit 2014 in Darmstadt organisiert und fungiert dabei als selbstständiger Teil einer überregionalen Verbindung, um aktiv gegen die kapitalistischen Verhältnisse vorzugehen. Zu den bevorzugten Aktionsformen zählt der zivile Ungehorsam. In Darmstadt thematisiert die IL verschiedene Schwerpunkte wie Antirassismus, Klimagerechtigkeit, Feminismus oder aktuell auch Fragen zur Impfstofffreigabe. Antifaschismus ist ein Aspekt ihrer politischen Praxis; beispielhaft ist hier die auf Hanau bezogene Kampagne „Entnazifizierung jetzt“ zu nennen.

Im Hinblick auf innenpolitische Versuche, die Antifa zu verbieten, macht Sebastian darauf aufmerksam, dass Antifa keine Gang, sondern die Abkürzung für Antifaschismus ist. Dahinter steht eine klare Haltung, sich in die Auseinandersetzung um die extreme Rechte einzumischen. Die daraus resultierenden Aktionsformen sind sehr vielfältig. Vor diesem Hintergrund sieht Sebastian den Antifaschismus nicht als eine fest definierte Gruppe, sondern vielmehr als eine Situation oder Reaktion innerhalb der gegebenen Umstände. Für die IL ist es eine notwendige Praxis, den Nazis im analogen und im digitalen Raum entgegenzutreten, wobei diese Räume nicht zu trennen sind. Antifaschismus überschneidet sich auch mit anderen Thematiken wie etwa Feminismus. Die IL betrachtet ihn deshalb nicht als Randerscheinung, sondern als Grundsatzfrage und Voraussetzung einer emanzipatorischen Gesellschaft.

Sebastian stellt fest, dass Antifaschismus in der heutigen Zeit kein gesellschaftlicher Konsens ist: Studien zeigen, dass es bei uns viele Menschen mit verfestigten rechten Einstellungen gibt, und dies keineswegs nur im digitalen Raum. Die Ideologie extremer Rechter ist in der Gesellschaft, aber auch in einem unzureichend entnazifizierten Staat existent; rechte Gewalt ist immer schon eine Realität in Deutschland gewesen. Inzwischen ist die Gefahr von rechten Übergriffen sowohl auf der Straße als auch im digitalen Raum extrem gestiegen. Ein Jahr nach Hanau hat die Zahl rechtsterroristischer Angriffe in Hessen einen Höchststand erreicht.

Der digitale Raum bietet Zugang zu rechtem Content und rechten Communities über den Wohnort hinaus, wie Sebastian erklärt. Das bedeutet, dass klassische Orte der Radikalisierung wie z.B. Kaderorganisationen in den Hintergrund treten. Während es dort eher zu einer ideologischen Gleichschaltung kam, weist der digitale Raum vor allem fluide Überschneidungen von verschiedenen Ideologien auf.

Diese neue Qualität führt zu einer größeren gesellschaftlichen Verankerung und erschwert zugleich das Entwickeln von Gegenmaßnahmen. Ein Beispiel ist hier der Umgang mit der Darmstädter „Querdenker“-Bewegung.

Eine wichtige Beobachtung der IL ist, dass der digitale Raum von den Rechtsextremen gezielt als Expansionsraum für eine gesellschaftliche Normalisierung ihrer Ideologie genutzt wird. Diese Strategie funktioniert und ist zu einer realen Bedrohung geworden. Das zeigt sich nicht nur an der zunehmenden rechten Gewalt, sondern auch an der Tatsache, dass die AfD sich in den Parlamenten etablieren kann und rechtsextreme politische Forderungen von der Regierungspolitik aufgegriffen werden.

Der Appell von Sebastian lautet, dass sich auch die antifaschistische Praxis in das Digitale verlegen und sich dort etablieren muss. Dies könnte über wissenschaftliche Publikationen, Bildungsarbeit und Erinnerungsveranstaltungen geschehen, vor allem aber auch über die antifaschistische Recherche und Dokumentation zur Offenlegung rechter Netzwerke. Grundsätzlich gilt es also, so Sebastian, einen Widerspruch zur rechtsextremen Ideologie zu organisieren. Im digitalen Raum kann das in den Kommentarspalten der Zeitungen und in den Sozialen Medien passieren. Ein wichtiges Mittel sind antifaschistische Erzählungen, die ein Gegenangebot darstellen und einen Bezugspunkt zur Auseinandersetzung bilden sollen. Für Social Media geeignete Formate sind Online-Vorträge, Talkrunden, Debattenbeiträge sowie Veröffentlichungen und Bewertungen von Recherchen über regionale Naziaktivitäten.

Beim Kampf gegen den digitalen Faschismus kann man sich nach Ansicht der IL nicht auf den Staat und die Tech-Konzerne verlassen. Wir brauchen nicht mehr Regulierung, sondern ein breites Bündnis von Menschen mit einer antifaschistischen Grundhaltung. Die IL will daran mitwirken, eine solche antifaschistische Zivilgesellschaft zu organisieren, die die rechte Mobilisierung im öffentlichen Raum unterbrechen kann.

Fragerunde:

Lukas Einsele möchte genauer erfahren, in welcher Form sich die IL in Darmstadt engagiert, wie die Arbeitsprozesse zwischen Recherche und Verbreitung ablaufen, wie hoch die Reichweite der Kampagnen ist und welches Feedback sie auf kommunaler Ebene bekommen.

Sebastian führt aus, dass die IL zivilgesellschaftliche Bündnisse in Darmstadt organisiert, um Menschen einen Einstieg in die aktuelle politische Debatte zu geben. Das Ziel ist es, den öffentlichen Diskurs zu verschieben und zur Partizipation anzuregen. Themen aus der Social-Media-Arbeit sollen auf diesem Weg auf die Straße gebracht werden.

Allerdings befindet sich die IL als Teil der radikalen Linken in einer marginalisierten Rolle und hat dadurch in der Realität kaum Gestaltungsmöglichkeiten. Man probiert aus und versucht, Inhalte über die eigene Peergroup hinaus zu transportieren bzw. durch Formen der Zuspitzung politisch unterzubringen. Das kann durchaus erfolgreich sein: Nach den Morden von Hanau hatte die IL in ganz Darmstadt Plakate der Initiative „Say Their Names“ aufgehängt, die dann wiederum von Rechten entfernt wurden. Daraufhin hat die IL sich die Frage gestellt, worum es in einer Stadtkultur eigentlich geht: um antifaschistische Erinnerungskultur oder um das Unsichtbarmachen? Die Antwort war eine Kampagne mit dem Aufruf an die Darmstädter Zivilgesellschaft, die Plakate an geschützten Orten, hinter Fenstern und Schaufenstern aufzuhängen. Als Reaktion auf diesen Aufruf hat das Staatstheater zusammen mit der IL einen Banner mit den Namen der in Hanau ermordeten Menschen prominent an der Fassade des Hauses angebracht. Die dabei ausgelöste politische Debatte hat aufgezeigt, dass die Zivilgesellschaft sich gegen die extreme Rechte durchsetzen kann.

Eine weitere Frage stammt von Holger Marcks. Er sieht die Gefahr, dass das Gutgemeinte der linken Gegenrede manchmal auch Gegenteiliges bei der rechten Leserschaft bewirken kann, insbesondere dann, wenn anhand der verwendeten Sprache klar erkennbar ist, dass ein Beitrag aus dem linken Lager stammt. Wird das bei der IL berücksichtigt, indem die Autor:innen beispielsweise ihre Identität verschleiern oder bewusst eine andere Sprache verwenden?

Der IL ist bewusst, wen sie ansprechen, erwidert Sebastian. Im Fokus ihrer politischen Arbeit steht das sogenannte „dissidente Drittel“ der Bevölkerung, das für eine emanzipatorische, freiheitliche Gesellschaft offen ist. Dabei spielt man etwas damit, welche Inhalte wie dargestellt werden, um die Leute mitzunehmen. Sebastian führt weiter aus, dass die IL den Diskurs mit der extremen Rechten nicht führen will. Der Diskurs zielt dementsprechend eher auf den progressiveren Teil der Gesellschaft bis hin zur gesellschaftlichen Mitte.

**Ravena Hengst, Design Democracy:
„Gestalter:innen haben eine zivilgesellschaftliche
Verantwortung“**

Die Berliner Kommunikationsdesignerin Ravena Hengst hat das Projekt „Design Democracy“ gegründet, um auf die zunehmende Spaltung der Gesellschaft durch die Polarisierung in den sozialen Medien zu reagieren. Ihr Ziel ist es, der Radikalisierung vorzubeugen. Zu diesem Zweck betreibt das Projekt visuellen Counter Speech mit digitalen Postern in Social Media.

Seit 2019 ist die Projektplattform im vollen Umfang online. Dabei greift das Projekt die Idee auf, dass Bilder in Social Media und in einzelnen Feeds immer präsenter in der Kommunikation werden. Die visuelle Sprache ist, so Hengst, zur neuen Hauptsprache in der digitalen Gesellschaft geworden. Design Democracy ruft Gestalter:innen dazu auf, an einem regelmäßig erneuerten Wettbewerb für digitale Poster teilzunehmen. Die Poster werden über ein Teilnahmeformular eingereicht; anschließend werden sie wie ein digitales Flugblatt auf den Social-Media-Kanälen des Projekts verbreitet. Zuvor sind sie mit bewusst antidemokratischen Hashtags wie z.B. #Remigration versehen worden. Design Democracy versucht, diese Hashtags zu kapern, um in die rechte Filterblase hineinzuwirken.

Auf der Website des Projekts findet zugleich ein Voting zur Auswahl der besten Motive statt. Die drei Gewinnerposter werden auf Facebook und Instagram im Rahmen einer budgetierten Counter Speech-Kampagne beworben. Für die Anzeigen erstellt das Projektteam themenbasierte Zielgruppen aus dem rechten Milieu, die dann gezielt angesprochen werden. Dass die Poster auch genutzt werden, zeigt die überdurchschnittliche Klick-Rate von 1,68 Prozent, wie Hengst erläutert. Das bedeutet, dass 1,68 Prozent der Nutzer:innen auf den Link, den Beitrag oder das Profil klickten und dementsprechend durch die Anzeige zu einer Handlung bewegt wurden.

Dass die Zielgruppe erreicht wird, ist auch an entsprechenden Reaktionen und Kommentaren zu sehen. Das Team reagiert darauf mit sachlicher, faktenbasierter Moderation. Neben vielen negativen Äußerungen gab es auch offene und angeregte Diskussionen, die sich quasi selbst reguliert haben. Dennoch wird zukünftig eventuell die Kommentarfunktion deaktiviert. Der Aufwand, so Hengst, ist für das kleine Team zu groß, um insbesondere Hasskommentaren, Verschwörungstheorien und ähnlichem in angemessener Form begegnen zu können.

Wenn die Nutzer:innen über die Poster auf die Website des Projekts kommen, finden sie dort Texte und Links zu verschiedenen gesellschaftlichen Themen wie z.B. Europa, Fake News, Flucht und Integration. Diese Informationen sollen auch als Basis für die Arbeit der Gestalter:innen dienen. Hengst erläutert, dass es bei der Gestaltung darauf ankommt, einen Perspektivwechsel vorzunehmen und Denkansätze für mehr Verständnis und Dialog zu finden. Damit das gelingt, stellt Design Democracy zusätzlich ein Leitbild mit den Grundwerten des Projekts zur Verfügung. Die dort formulierten Leitsätze proklamieren u.a. Empathie, Mitmenschlichkeit, Gleichberechtigung und Toleranz. Das Projekt appelliert an die Kreativen, sich als Muttersprachler:innen der visuellen Sprache ihrer zivilgesellschaftlichen Verantwortung bewusst zu werden.

Hengst erläutert abschließend, dass das Projektteam aus vier aktiven Mitgliedern besteht. Momentan arbeitet das Team ehrenamtlich und erhält keine Art von Förderung mehr; deshalb können zur Zeit auch keine Anzeigen geschaltet werden.

Fragerunde:

Die anschließende Fragerunde beginnt mit der Frage von Johannes, der mehr über den Zuschnitt der Zielgruppen und die Auswertung der Anzeigenkampagnen wissen möchte. Hengst betont, dass die Zielgruppen anhand von Interessenkategorien sehr genau zugeschnitten sind und die Posts verschlagwortet sind.

Susanne Kolb wendet sich mit mehreren Fragen an die Referentin. Sie lobt die Qualität der in der Beitragspräsentation sichtbaren Moderation und fragt nach der Urheberin. Zudem interessiert sie der aktuelle Aktionsradius des Projektes und das Engagement außerhalb des digitalen Raums.

Die Moderation der Kommentare in den Anzeigen hat Hengst selbst übernommen. Dabei orientierte sie sich zum einen an dem Gesprächsleitfaden der Counterspeech-Initiative „Ich bin hier“ und zum anderen an dem Motto: „Sag nur das, was Du auch vor 100 Leuten sagen würdest.“ Derzeit sind jedoch keine Kampagnen und somit keine Moderation möglich, da kein Geld vorhanden ist. Es werden jedoch immer noch Poster innerhalb des beschriebenen Wettbewerbsrahmens eingereicht und auf Social Media nativ verbreitet.

Das Projekt bewegt sich ausschließlich im digitalen Raum. Die Poster werden nur in einer niedrigen Auflösung abgespeichert, was vor allem auf technische Gründe zurückzuführen ist. Auch wenn dementsprechend kein Druck der Poster möglich ist, ist dennoch eine Weiterentwicklung in dieser Hinsicht denkbar.

Markus schlägt vor, dass das Projekt auf der Website des BgR verlinkt wird. Seine Frage zielt auf das mit den Postern verbundene Copyright. Wie Hengst entgegnet, sehen die Nutzungsbedingungen vor, dass die Gestalter:innen ihre Poster an das Projekt spenden und die Nutzungsrechte übertragen; so können diese auch mit Kooperationspartner:innen geteilt werden. Eine kommerzielle Verwertung über die Selbstfinanzierung des Projekts hinaus ist dabei nicht vorgesehen.

**Susanne Kolb, Regionalstelle Süd im
Beratungsnetzwerk Hessen:
„Wir wollen die Menschen erreichen, die noch
irritierbar sind“**

Susanne Kolb arbeitet als Referentin für politische Bildung im Haus am Maiberg, einer Akademie der katholischen Kirche in Heppenheim. Seit 2019 leitet sie die dort angesiedelte Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen, das für Demokratie und gegen Rechtsextremismus eintritt. Ihre Arbeit wird vom Landesprogramm »Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus« sowie vom Bundesprogramm »Demokratie leben!« gefördert. In der Regionalstelle ist Kolb die einzige hauptamtliche Mitarbeiterin. Daneben gibt es drei freiberufliche mobile Berater, die vor Ort arbeiten und Unterstützungsangebote zum Umgang mit rechtsextremen Vorfällen machen. Die Reichweite der Regionalstelle erstreckt sich auf ganz Südhessen inklusive Darmstadt. Ihre Tätigkeit stützt sich auf drei Schwerpunkte: Bildungsarbeit, Beratungsarbeit und Vernetzung.

Die Bildungsarbeit zielt darauf ab, Themen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und des Zusammenlebens in einer pluralen Gesellschaft mit unterschiedlichen Formaten zu bearbeiten. Dies können Tagesworkshops sein, mehrtägige Seminare, Ausstellungen oder auch Vortragsreihen. Neben der Demokratieförderung und der Extremismusprävention geht es der Regionalstelle vor allem darum, Menschen in Interaktion zu bringen und zum Gespräch sowie zur Selbstreflexion anzuregen.

In letzter Zeit sind die Bildungsangebote vermehrt in den digitalen Raum verlagert worden. Dies war für die politische Bildung einerseits ein wichtiger Schritt mit großen Vorteilen, andererseits sind die Angebote zumeist auf ein reines Vortragsformat reduziert worden, wodurch sich die notwendige Beziehungsarbeit nur noch schwer realisieren lässt. Die gewünschte Selbstreflexion in einer vertrauensvollen Atmosphäre ist so nicht mehr möglich.

Als Zielgruppe benennt Kolb Menschen zwischen 35 und 65 Jahren. In dieser Altersgruppe gibt es eine hohe Anfälligkeit für rechte Propaganda und Verschwörungstheorien. Die Regionalstelle erreicht in dieser Zielgruppe aber meist nur die Menschen, die offen für den Diskurs sind. Nur selten kommt es zum Gespräch mit Menschen, die schon ein relativ gefestigtes rechtsextremes Weltbild haben. Kolb setzt darauf, dass Beratungsnehmende aus pädagogischen Bereichen (Kommunen, Ehrenamt, Schulen) die vermittelten Erkenntnisse als Multiplikator:innen weitertragen.

Bei der Themenfindung wird darauf geachtet, gesellschaftlich relevante und aktuelle Themen aufzugreifen. Als Beispiele aus jüngster Zeit werden „Verschwörungserzählungen“, „Digitaler Raum als demokratischer Raum“, „Kolonialismus“, „Critical Whiteness“ und „Rechtsextreme im Naturschutz“ genannt. Bei den beiden erstgenannten Themen geht es vor allem um Medienkompetenz: Woran erkennt man Verschwörungserzählungen und Fake News, was ist Hate Speech, wie kann man darauf reagieren, welche Initiativen bieten Hilfestellungen? Für Kolb ist es ein wichtiger Aspekt, gegenüber der rechten Propaganda Kontrapunkte zu setzen und eine Gegenrede zu entwickeln.

Im Hinblick auf den Tätigkeitsschwerpunkt Vernetzung erläutert Kolb, dass die Regionalstelle mit Partnern im Beratungsnetzwerk zusammenarbeitet, z.B. mit Opferberatungsstellen. Darüber hinaus kooperiert sie auch mit regionalen Initiativen und Aktionsgruppen gegen Rechts.

**Gunther Fuchs, Regionalstelle Süd im
Beratungsnetzwerk Hessen:
„Gefährliche Sprache will Gewalt provozieren“**

Als mobiler Berater des Beratungsnetzwerkes Hessen wird Fuchs um Hilfe gebeten, wenn zum Beispiel Reichsbürger in Rodgau Wohnfläche kaufen möchten. Er ist dann mit seinem Regionalteam vor Ort, um Ratschläge für die Bevölkerung und das Umfeld zu geben. Dementsprechend bezeichnet Fuchs sein Bewegungsfeld eher als analog.

Die Differenzierung von Hassrede und gefährlicher Sprache empfindet Fuchs als besonders relevant, was er an dem folgenden Beispiel veranschaulicht: Als mobiles Beratungsteam wurden er und seine Kolleg:innen für eine Schule im Odenwald angefragt, um mit einer Leitbildentwicklung gegen die verrohte Sprache der Schüler:innen vorzugehen. Zu diesem Zweck wurde der Gebrauch der Sozialen Medien in einer siebten Klasse untersucht. Konkret ging es dabei darum, die benutzten Informationsquellen offenzulegen und die Wirkungsweise der dort auftretenden sprachlichen Gewalt herauszuarbeiten.

Über die Hassrede, wie Fuchs beschreibt, käme es zum Gebrauch der gefährlichen Sprache. Diese betitelt der mobile Berater als bedrohlicher, da gefährliche Sprache indirekt auf Gewaltakte hinarbeitet. An dieser Stelle bezieht er sich zur Verdeutlichung auf ein Zitat der Journalistin Susan Benesch, das wie folgt lautet:

„Die gefährliche Sprache ist wie Benzin, das auf das Land getropft wird. Irgendwann, wenn genug Benzin getropft ist, reicht ein kleiner Funke. Wenn man erst wartet, bis ein Land in Benzin getränkt ist, ist es zu spät. Dann wird es schwierig, Gewalt zu stoppen. Das heißt, wir müssen aufpassen, dass kein Benzin tropft und wir gleichzeitig Meinungsfreiheit schützen.“

Als besonders veranschaulichend im Hinblick auf die eigene Arbeit hebt Fuchs vor allem den letzten aufgeführten Satz des Zitates hervor, da es sich dabei um jene Stelle handelt, an der das Beratungsteam einsetzt, um das Tropfen des Benzins einzustellen.

Abschließend präsentiert Fuchs die Dreigliedrigkeit der angebotenen Präventionsmaßnahmen des Beratungsnetzwerkes Hessen. In einem ersten Schritt geht es darum, Schüler:innen und Erwachsenen zu helfen, gefährliche Sprache zu erkennen und zu definieren. Der zweite Schritt sieht vor, die Sprache zu analysieren und Kriterien dieser herauszuarbeiten, um für diese zu sensibilisieren.

Wie man der gefährlichen Sprache letztendlich begegnet und generell reagiert, um möglichst eine Gegenrede zu generieren, wird in einem abschließenden dritten Punkt herausgearbeitet. Fuchs betont dabei außerdem, dass die hier präsentierten Präventionsmaßnahmen ein kostenloses Angebot darstellen.

Fragerunde:

Vorbemerkung: In der Veranstaltung konnten aus Zeitgründen keine Fragen zu den beiden Vorträgen gestellt werden. David Promies hat deshalb nachträglich ein Telefoninterview mit Susanne Kolb geführt, dessen Inhalt hier eingefügt wird.

Wie verläuft üblicherweise der Weg zur Beratung?

Generell ist das Beratungsangebot für alle offen, der Weg dahin verläuft aber eher zufällig, über Mund-zu-Mund-Propaganda und persönliche Netzwerke. Die Beratungsstelle nutzt Flyer, die Website, Social Media und eine Telefon-Hotline, um ihr Angebot zu bewerben. Normalerweise agiert sie nicht pro-aktiv; sie hat keinen Auftrag dafür, beratungsrelevante Vorfälle selbst anzugehen. Allerdings kann es vorkommen, dass das Beratungsteam direkt auf Kommunen zugeht, wenn es dort immer größer werdende rechte Demonstrationen oder Vorfälle gibt, über die in der Presse berichtet wird. Die Anfragen der Nutzer:innen kommen per Telefon oder E-Mail; danach findet eine einstündige Erstberatung statt.

Gibt es eine Zusammenarbeit mit Polizei und Staatsanwaltschaft?

In strafrechtlich relevanten Fällen erfolgt eine Weiterverweisung an die Staatsanwaltschaft. Außerdem gibt es einen Austausch mit einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin bei der Darmstädter Polizei, die dabei hilft, die angemessenen Maßnahmen auszuloten. In manchen Fällen, die sich in einer rechtlichen Grauzone befinden, wendet sich auch die Polizei an die Beratungsstelle. Generell hat die Beratungsstelle ein größeres Interesse daran, Prävention zu betreiben und im Vorfeld z.B. mit Schulklassen zu arbeiten und die Gegenrede zu stärken.

In welcher Form wird die Beratungsarbeit dokumentiert und ausgewertet?

Das Beratungsnetzwerk, in dem sich die Beratungsstelle befindet, betreibt eine Plattform für die Dokumentation der einzelnen Fälle. Ansprechpartner ist hier das Demokratiezentrum Hessen an der Philipps-Universität Marburg. Ausführliche Monitoring-Berichte zum Rechtsextremismus in Hessen sind auf der Website achtsegel.org zu finden. Intern findet eine Erfolgskontrolle statt. Die Beratung endet, wenn das Beratungsziel erreicht worden ist; zwei Wochen später wird ein Evaluationsbogen ausgefüllt. Eine Vernetzung der Beratungsklient:innen findet aus Gründen der Vertraulichkeit nicht statt. Die Beratungsstelle darf auch die ermittelten Täter nicht publik machen, aber zumindest Hinweise auf rechte Unterstückerstrukturen geben.

Spielt der Begriff des Faschismus eine Rolle in der Beratungsarbeit?

Susanne Kolb hält es zwar für notwendig, die Dinge klarer zu benennen. Der Faschismus-Begriff erscheint ihr aber als zu rückwärtsgewandt, um damit die Zielgruppe erreichen zu können. Ihr Beratungsansatz besteht darin, zunächst eine Beziehung herzustellen, um dann ins Gespräch zu kommen.

**Johannes, Bündnis gegen Rechts Darmstadt:
„Eine freie Gesellschaft kann nur eine
antifaschistische Gesellschaft sein“**

Johannes macht in seinem kurzen Schlussbeitrag auf zwei in der Diskussion noch fehlende Aspekte aufmerksam. Im Zusammenhang mit Hassrede und gefährlicher Rede ist es notwendig, die Gruppe der sogenannten Incels zu betrachten. Dieses Wort steht für „involuntary celibate men“ und bezeichnet eine Gruppierung von Männern, die meinen, unfreiwillig im Zölibat zu leben. Diese nehmen eine deutlich antifeministische, frauenfeindliche Haltung ein und spielen durch ihre Denkweise eine besonders relevante Rolle im Hinblick auf die Anschlussfähigkeit rechter Hetze. Johannes verdeutlicht, dass die Incels-Community einen Einstieg in die rechte Gedankenwelt bieten kann. Dabei macht er auf die Tatsache aufmerksam, dass es sich bei rechter Sprache um eine durchaus männlich geprägte Sprache handelt. Für die weitere Auseinandersetzung mit Incels empfiehlt Johannes das Buch: „Incels – Geschichte, Sprache und Ideologie eines Onlinekults“ der Autorin Veronika Kracher.

Als zweiten Aspekt thematisiert Johannes die Arbeit und die Zusammensetzung des Bündnisses gegen Rechts (BgR). Dabei macht er zunächst auf die Heterogenität des Bündnisses aufmerksam. Diese lässt sich sowohl auf die Vielfältigkeit der Individuen an sich zurückführen, die Teil des BgRs sind, als auch auf die unterschiedlichen dazugehörigen Organisationen, wie die IL, die Jusos oder aber auch gewerkschaftliche Gruppen. Als besonders hilfreich empfindet Johannes die heterogene Zusammensetzung des Bündnisses vor allem für gedenkpolitische Initiativen wie die Umbenennung der Hindenburgstraße oder die Auseinandersetzung um das Leibgardisten-Denkmal in Darmstadt, durch das heute noch NS-Täter:innen geehrt werden. Johannes hebt hervor, dass die vielfältige Zusammensetzung des BgRs als prägnantes und anschlussfähiges Label gegen Rechts fungiert.

Einen kommunalen Plan für den digitalen Antifaschismus hat das Bündnis noch nicht. Insgesamt kommt es vor allem auf das Zusammenwirken der zivilgesellschaftlichen Kräfte an. In diesem Zusammenhang ist es ein Unding, dass antifaschistische Arbeit von einem negativ geprägten Bild begleitet wird, denn diese Arbeit, so Johannes, ist etwas Großartiges: „Eine freie Gesellschaft kann nur eine antifaschistische Gesellschaft sein und muss dies sein, um diesen Kräften entgegenzuwirken.“

Schlusswort

Zum Abschluss der Veranstaltung äußert Lukas Einsele seine Beobachtung, dass möglicherweise die Stärke einer Demokratie und ihrer Zivilgesellschaft, nämlich die Diversität der vielen Initiativen gegen Rechtsextremismus und Faschismus, auch ihre Angreifbarkeit ausmacht. Solange dieses „Viele in seiner Vielheit verteilt bleibt, ist es gefährdet, wenn es einem zumindest scheinbar geschlossenen Gegner gegenübersteht, der diese Vielheit angreift“.

Wie könnte sich diese Vielheit besser verteidigen, überzeugender auftreten, geschlossener wirken mit ihrem Grundinteresse, nämlich Rechtsextremismus und Faschismus zu bekämpfen? Grundlage für eine solche Geschlossenheit könnte z.B. die genannte kommunale Agenda gegen Rechts sein. Aus dem Digital*Salon ließe sich der Entwurf einer solchen Agenda ableiten, der dann von den vielen Akteuren einer Kommune gemeinschaftlich weiterentwickelt würde. Weitere Digital*Salons wären denkbar, in denen die lokale Agenda diskutiert und auf den Punkt gebracht würde. Damit würde der Verein „Kultur einer Digitalstadt“ das leisten, was er tun kann: Als Plattform für einen wichtigen Diskurs innerhalb der Kommune dienen, mit dem sich im besten Fall aus vielen Positionen eine grundsätzliche Einigkeit entwickeln ließe.

**der Digital*Salon#6
»Digitaler (Anti-)Faschismus«**

wurde realisiert mit Unterstützung des
Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst

ein Projekt von
Kultur einer Digitalstadt e.V.
Ludwig-EngelWeg 1
64287 Darmstadt
Web: kultur-digitalstadt.de
Mail: vorstand@kultur-digitalstadt.de